



Medienmitteilung

WTO und Schoggigesetz: Der Bundesrat und die Bauern sind jetzt gefordert

Nachdem sich die Schweiz gegenüber der WTO verpflichtet hat, nach 2020 keine Ausfuhrbeiträge gemäss Schoggigesetz mehr auszurichten, müssen rasch Ersatzmassnahmen gefunden werden. Gelingt dies nicht, stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Der Ball liegt nun bei den Bauern und beim Bundesrat.

Die Beschlüsse der 10. WTO-Ministerkonferenz verbieten es der Schweiz, nach 2020 Ausfuhrbeiträge gestützt auf das so genannte Schoggigesetz auszurichten. Diese Beiträge sorgen heute im Export von Verarbeitungsprodukten mit Schweizer Milch- und Getreidegrundstoffen für gleich lange Spiesse. Als Folge des Agrargrenzschatzes sind diese Rohstoffe für unsere Industrie um ein Vielfaches teurer als für unsere ausländischen Konkurrenten. Ohne Ausgleich dieses agrarpolitisch bedingten Rohstoffpreis-Handicaps wären viele typische Schweizer Produkte deshalb nicht exportfähig.

Der Schlüssel zur Lösung liegt bei der Landwirtschaft

Beim Ersatz des heutigen Schoggigesetzes spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Hält die Politik am Grenzschutz zugunsten der Schweizer Landwirtschaft fest, muss diese künftig dafür sorgen, dass sie der exportierenden Schweizer Nahrungsmittel-Industrie Rohstoffe zu international wettbewerbsfähigen Kosten zur Verfügung stellen kann. Gelingt dies nicht, wird die Verarbeitung von Schweizer Agrarrohstoffen unattraktiv. Damit stehen rund 10 Prozent des Absatzes der Schweizer Getreide- und Milchproduktion, die heute über das Schoggigesetz exportiert werden, auf dem Spiel. Ein weiterer Ausbau des Agrarprotektionismus, wie es mit der Swissness-Regulierung geschieht und wohin auch die Ernährungssicherheits-Initiative zielt, sind jedenfalls keine geeigneten Lösungsansätze.

Arbeitsplätze in der Schweiz sind in Gefahr

Die vom Bundesrat auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzte Swissness-Regulierung führt zu einer weiteren Verteuerung des Produktionsstandorts Schweiz. Die entsprechende Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen steigt, wenn kein Ersatz für das heutige Schoggigesetz gefunden wird. Ein „Swissness-Zuschlag“ zu Lasten der exportierenden Nahrungsmittelhersteller hat keinen Platz in einer solchen Ersatzlösung. Industriell stark verarbeitete Schweizer Produkte erzielen im Ausland allenfalls einen „Schweiz-Zuschlag“ wegen der qualitativ hochstehenden Produktion in der Schweiz, nicht aber wegen der geografischen Herkunft der Rohstoffe. So ist denn auch die Veredelung ausländischer Rohstoffe eine international anerkannte Stärke der Schweizer Nahrungsmittelindustrie. Vor diesem Hintergrund ist das Bewilligungsverfahren für den Veredelungsverkehr – als Teil der Ersatzlösung für das „Schoggigesetz“ – stark zu vereinfachen.

WTO verzichtet ausdrücklich auf Budgetrestriktionen

Die WTO hat der Schweiz während der fünfjährigen Übergangsfrist keine Budgetrestriktionen unter der bestehenden WTO-Verpflichtungslimite auferlegt. Letztere beträgt für die Schweiz 114.9 Millionen Franken pro Jahr. Für 2016 wollte der Bundesrat nur 67.9 Millionen Franken bewilligen. Das Parlament hat korrigierend eingegriffen und den Betrag auf 94.6 Millionen Franken erhöht. Dieser Wille des Parlaments und der Verzicht auf Budgetrestriktionen seitens der WTO sind ein Signal an den Bundesrat, das bestehende System bis zum Systemwechsel vollumfänglich zu nutzen und 2017-2020 die Budgets auf Basis des effektiven Bedarfs zu berechnen.

Bern, 20. Dezember 2015

Rückfragen für deutschsprachig Medien: Urs Furrer, Co-Geschäftsführer fial, Mobile 079 215 81 30

Rückfragen für französischsprachige Medien: NR Isabelle Moret, Präsidentin fial, Mobile 079 332 08 23

Internet:

www.fial.ch

Sekretariate:

<input type="checkbox"/>	Münzgraben 6 Postfach CH-3000 Bern 7 Tel 031 310 09 90 Fax 031 310 09 99	<input type="checkbox"/>	Worbstrasse 52 Postfach 160 CH-3074 Muri b. Bern Tel 031 352 11 88 Fax 031 352 11 85	<input checked="" type="checkbox"/>	Thunstrasse 82 Postfach CH-3000 Bern 6 Tel 031 356 21 21 Fax 031 351 00 65
--------------------------	--	--------------------------	--	-------------------------------------	--

fial

Die Föderation der schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien fial ist der repräsentative Zusammenschluss der 16 Branchenverbände der industriellen Hersteller von schweizerischen Nahrungsmitteln. Die fial bezweckt die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der angeschlossenen Branchen und deren Mitgliedfirmen. Die rund 200 Mitgliedfirmen der fial-Branchenverbände beschäftigen in den angeschlossenen Sektoren rund 37'500 Angestellte. Sie zahlen eine Bruttolohnsumme von knapp 3 Milliarden Franken pro Jahr aus und erzielen einen Umsatz von rund 18 Milliarden Franken, davon mehr als 3 Milliarden im Export. Die Mitgliedfirmen der fial verarbeiten über die Hälfte der Schweizer Milch, des Schweizer Mehls und des in der Schweiz verbrauchten Zuckers sowie die gesamte schweizerische Ölsaatenernte und einen erheblichen Teil der Kartoffel- und Gemüseernten zu qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln. Hinzu kommt die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe zu Erzeugnissen wie zu Schweizer Schokolade und zu Kaffeeprodukten.